

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses**  
**am 08.01.2013**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann  
Herr Gerhard Henrichsmeier  
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann  
Frau Karin Schrader  
Herr Holm Sternbacher  
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Rees (Vorsitzender)

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Rainer Lux (CDU)  
Herr Hartmut Geil (Bündnis 90/Die Grünen)  
Herr Ralf Schulze (BfB)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke  
Frau Sieker – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen  
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen  
Herr Stühmeier – Amt für Finanzen und Beteiligungen  
Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Rees stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Er erinnert daran, dass die Abschlussberatungen zum Haushaltsplan 2013 am 28. und 29.01.2013 statt finden sollen. Die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses verständigen sich darauf, jeweils um 10:00 Uhr zu beginnen.

## Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 11.12.2012**

### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 11.12.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

---

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

---

## Zu Punkt 4

### Haushaltsplan für die Produktgruppen des Amtes für Finanzen und Beteiligungen

#### Haushaltsplan 2013 ff. für die Produktgruppen 11.01.09 -Finanzmanagement und Rechnungswesen-, 11.01.61 -Finanz- und Personalausschuss- und 11.16.01. -Allgemeine Finanzwirtschaft- sowie Stellenplan für das Amt für Finanzen und Beteiligungen

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5086/2009-2014

Drucksachennummer: 5086/2009-2014/1

Herr Rees weist zunächst darauf hin, dass die Verwaltung für die Produktgruppe „Allgemeine Finanzen“ eine Nachtragsvorlage erstellt habe, die heute ebenfalls Gegenstand der Beratung sei.

Herr Löseke führt anschließend aus, dass sich insbesondere aus der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in der zweiten Jahreshälfte 2012 die Notwendigkeit einer Nachtragsvorlage ergeben habe. Schon bei Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2013 sei zu vermuten gewesen, dass der Haushaltsansatz 2012 in Höhe von rd. 220 Mio. € nicht erreicht werde. Zum Zeitpunkt der Planung habe man jedoch noch einen Ansatz für 2013 in Höhe von 208 Mio. € für realistisch gehalten. Im November des vergangenen Jahres habe sich angedeutet, dass die zunächst noch für 2012 erwarteten 200 Mio. € nicht erreicht werden. Diese Einschätzung bestätigte sich im Laufe des Dezembers. Eine Reaktion auf diese Entwicklung sei in der Dezembersitzung noch nicht möglich gewesen. Aus diesem Grunde habe er die Ursprungsvorlage zurückgezogen. Die nun vorliegende Nachtragsvorlage beruhe auf gesicherten Erkenntnissen. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2012 bei der Gewerbesteuer belaufe sich nun auf knapp 190 Mio. € und bilde die realistische Basis für die Neukalkulation des Gewerbesteueransatzes. Die Neukalkulation des Ansatzes führe zunächst im Jahre 2013 zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses und einer entsprechend höheren Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage. Im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes sei aber zu beachten, dass der veränderte Ausgangswert auch zu Reduzierungen der mittelfristigen Planansätze bis 2016 und der Prognoserechnung bis 2022 führe. Überschlägige Berechnungen haben ergeben, dass die aktuellen Veränderungen dazu führen würden, dass die Stadt Bielefeld bereits im Jahre 2019 durch den restlosen Verbrauch der allgemeinen Rücklage überschuldet wäre; der erforderliche Haushaltsausgleich im Jahre 2022 wäre ebenfalls nicht mehr darstellbar. Herr Löseke erklärt weiter, dass die Verwaltung kurzfristig einen Vorschlag erarbeiten werde, wie diese dramatische Entwicklung abgewendet werden kann. Inhaltlich werde man Veränderungen sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite vornehmen müssen, wobei eine kurzfristige Konkretisierung sicherlich problematisch sei. Auf der Ertragsseite müsse man sich mit dem Thema „Steuererhöhungen“ auseinandersetzen. Eine Anpassung auf den Durchschnittswert vergleichbarer Städte bereits ab 2013 sei voraussichtlich unumgänglich. Das Erfordernis einer Konkretisierung auf der Leistungsseite werde er kurzfristig mit der

Bezirksregierung klären. Ziel sei auf jeden Fall, für 2013 wieder ein genehmigungsfähiges HSK aufzustellen und die drohende Überschuldung zu vermeiden.

Herr Hamann erklärt, dass seine Fraktion sowohl für die Ursprungsvorlage als auch für die Nachtragsvorlage heute ebenfalls die 1. Lesung beantrage und man die Inhalte zunächst lediglich zur Kenntnis nehme. Herr Rees führt aus, dass er von der Verwaltung zu den Schlussberatungen eine Vorlage erwarte, in der Lösungsvorschläge dargelegt werden. Frau Schmidt stellt fest, dass die Mindererträge im Steuerbereich bereits angekündigt waren. Ihres Erachtens werde eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes allein die aktuellen Probleme nicht lösen. Ursächlich für die Haushaltsentwicklung sei auch, dass Land und Bund das Konnexitätsprinzip nicht ausreichend beachten. Im Zusammenhang mit der Übertragung von Aufgaben sei das Land für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich. Herr Hamann teilt mit, dass es nicht angezeigt sei, an dieser Stelle eine Diskussion über den Konnexitätsgrundsatz zu führen. Auch er erwarte zeitnah den Entwurf eines Begleitbeschlusses zum Haushalt. Ziel sei nach wie vor, den Termin der Schlussberatungen zu halten; dies sei jedoch nur möglich, wenn die Fraktionen im Vorfeld noch ausreichend Zeit haben, sich mit einem möglichen Begleitbeschluss zu befassen. Ansonsten müsse eine Verschiebung der Abschlussberatungen erwogen werden.

Herr Werner dankt der Verwaltung zunächst für die aktualisierten Hinweise zur Haushaltsentwicklung. Eine Entscheidung zu Aufwandsreduzierungen ohne eine Beteiligung der Fachausschüsse könne er sich nicht vorstellen. Die Vergangenheit habe darüber hinaus gezeigt, dass auch Steuererhöhungen nicht die gewünschten Erfolge zeigen. Seine Fraktion habe bereits bei Aufstellung des HSK auf die unrealistischen Planungsdaten hingewiesen. Seines Erachtens seien Steuererhöhungen kein geeignetes Mittel zur Gegensteuerung. Herr Buschmann weist darauf hin, dass ein Vergleich der Ist-Zahlen beim Gewerbesteueraufkommen zeige, dass der Rückgang im Jahre 2012 in Höhe von rd. 14 Mio. € nicht als Einbruch bezeichnet werden könne, zumal er im Wesentlichen auf Einzelfälle beruhe. Vielmehr müsse man feststellen, dass die Orientierungsdaten offenbar keine verlässliche Planungsgrundlage darstellen. Mit einem Ist-Aufkommen von rd. 190 Mio. € habe die Stadt Bielefeld im Jahre 2012 zwar kein gutes aber ein durchaus normales Ergebnis erreicht. Er bitte daher die Verwaltung, bei Prognoseberechnungen zukünftig verstärkt die individuellen Entwicklungen zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage von Frau Geilhaar erklärt Herr Löseke, dass überlegt werde, sowohl die Gewerbesteuer als auch die Grundsteuer anzuheben. Weiter führt er aus, dass im Hinblick auf einen Haushaltsbegleitbeschluss zunächst die Abstimmung mit der Bezirksregierung gesucht werde. Ziel sei es aber nach wie vor, den Terminplan für die Haushaltsplanaufstellung 2013 zu halten. Sollte dies nicht möglich sein, werde eine kurzfristige Information der Fraktionen erfolgen.

---

Bielefeld, 08.01.2013

---

Klaus Rees  
(Vorsitzender)

---

Heike Wemhöner  
(Schriftführerin)